Rainer Eckert

Die historische Erforschung der SED-Diktatur

I. Deutsche Aufarbeitungen

Geschichtsbewußtsein ist ohne ein individuelles aber auch ein kollektives Gedächtnis nicht möglich. Dabei setzt sich das Gedächtnis einer Gesellschaft bzw. einer Gemeinschaft als einer Gesamtheit aus individuellen Erinnerungen zusammen. Dieses Gedächtnis ist Sache der gesamten Nation, und erst die Rückbesinnung auf nationale Werte wird die Öffnung zu einem europäischen Geschichtsbild öffnen.

Für die Bundesrepublik ist grundsätzlich festzustellen, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit immer und in erster Linie Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bedeutet. Auschwitz ist eine Last, der sich Deutsche nicht entziehen können und dürfen. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Gedächtnis. Relativ einfach erscheint noch die Definition von Geschichtswissenschaft als der kritisch-distanzierten Anwendung fester Regeln für die Interpretation und Analyse von Quellen bzw. von Überresten der Vergangenheit. Schwieriger ist es mit dem aktuellen Gedächtnis, das nach Maurice Halbwachs allein in kollektiver bzw. sozialer Form als Gruppengedächtnis möglich ist¹. Wenn also individuelles Gedächtnis nur in dem Maße in der Lage ist, sich zu erinnern, wie es am gemeinsamen Gedächtnis partizipiert, so muß das für jede Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Konsequenzen haben. Zwingend ist die Frage zu stellen, mit welchen Mitteln welche Gruppe bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erreicht werden kann. Zu fragen ist ebenfalls nach den symbolischen Gedächtnis- bzw. Erinnerungsorten – von mythischen Gestalten bis zu Gedenkstätten und Museen –, an denen sich die Erinnerung der Gruppen festmachen kann. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Totengedenken. Es ist nach Jan Assmann Ursprung und Mitte der Erinnerungskultur, in der sich die Gemeinschaft ihrer Identität vergewissert².

Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach Zeiten totalitärer Herrschaft wird jeweils verstärkt durch den Willen

¹ Dazu: *Maurice Halbwachs*, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen (Frankfurt a. M. 1985, Orig. 1925).

² *Jan Assmann*, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen (München ³2000) 33 f.

zu einem politischen Neuanfang und zur Gestaltung der Zukunft. Die damit verbundenen Maßnahmen konnten bisher nicht befriedigend definiert werden. So sprechen die einen nach einer Bezeichnung Theodor Adornos von 1959 von „Aufarbeitung“³, die anderen genauso unbefriedigend und ohne Definitionsschärfe von „Vergangenheitsbewältigung“. Beide Begriffe drücken die Sehnsucht nach Freiheit von der Vergangenheit aus. Sie können allein schon deshalb nur Hilfskonstruktionen sein, da sich Vergangenes nie in dem Sinne „aufarbeiten“ oder „bewältigen“ läßt, daß als Ergebnis die Beschäftigung mit ihm ein Ende findet. Und so bin ich der Meinung, daß es das Beste wäre, auf beide Bezeichnungen zu verzichten.

Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen und dem Ende der kommunistischen Diktatur durch eine friedliche Revolution bestand in diesem Jahrhundert in Deutschland zweimal der Zwang, sich grundlegend mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um so einen politischen Neuanfang zu ermöglichen und die Gestaltung der Zukunft zu sichern. Dieser Auseinandersetzung dienten jeweils justizielle (strafrechtliche) Maßnahmen, die personalpolitische „Säuberung“ in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, politische Schritte, die wissenschaftliche (historische) Forschung, die geistig-politische Kontroverse sowie die Wiedergutmachung bzw. Rehabilitierung der Opfer totalitärer Machtausübung⁴.

Gesellschaftlich wäre es wünschenswert und notwendig gewesen, diesen Prozeß der Auseinandersetzung mit einem allgemeinen Schuldbewußtsein zu verbinden. Bei der Kategorisierung eines solchen Bewußtseins unterschied Karl Jaspers allgemeingültig zwischen der kriminellen Schuld (dem Verstoß gegen eindeutige Gesetze), der politischen Schuld (der Verantwortung dafür, wie man regiert wird), der moralischen Schuld (der Verantwortung für alle Handlungen des Einzelnen) und der metaphysischen Schuld (der Mitverantwortung für alle Handlungen der Menschheit). Mit der Erfahrung von mehr als fünfzig Jahren läßt sich heute feststellen, daß sich mit einem solchen Bewußtsein 1945 eine Überzahl der Deutschen schwer tat, und nicht anders verhielt sich nach 1989 die übergroße Mehrheit der SED-Eliten. Ganz im Gegenteil, prägend für Mitglieder der Staatspartei war in den letzten Jahren gerade die Abwehr einer jeglichen Form von Schuldbewußtsein. Eine Katharsis blieb aus, es dominierten Verstocktheit und Rechtfertigungsstrategien⁵.

³ Vgl. dazu: *Karl Jaspers*, Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands (München 21996, Orig. 1965).

⁴ Dazu: *Bernd Faulenbach*, Der Aufarbeitungsprozeß in Wissenschaft, Politik und öffentlicher Meinung, in: Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999: X. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Leipzig 1999) 31 f.

⁵ Paradigmatisch dafür eine Rechtfertigungsschrift ehemaliger MfS-Offiziere; *Reinhard Grimmer* u. a. (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS (Berlin 2002).

II. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland nach 1989/90

Mangelndes Schuldbewußtsein erschwerte ähnlich wie 1945 auch in den Jahren nach 1989 die auf der Tagesordnung stehende Auseinandersetzung mit der Diktatur. Auch die äußeren Rahmenbedingungen waren durchaus vergleichbar. Sowohl 1945 als auch 1989 waren die in beiden Diktaturen jeweils allgemeingültigen Ideologien zusammengebrochen, es gab Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, Enttäuschung und Lethargie waren weit verbreitet, und die Bevölkerung stand vor der Notwendigkeit der Behauptung der eigenen Lebenspraxis. Allerdings ging es 1945 um das wirkliche tägliche Überleben, 1989 mehr um berufliche Neuorientierung und die Auseinandersetzung mit dem ungewohnten Problem der Arbeitslosigkeit. Eine Ähnlichkeit bestand auch darin, daß sowohl 1945 als auch 1989 Grundmuster der eigenen Entschuldung in Umbruchsituationen wie auch eine „Verschweigensgemeinschaft der Gedemütigten“ existierten. So wurde persönliche Schuld sehr restriktiv verstanden und der Handlungsspielraum zu selbstbestimmten Handeln geleast.

In der ehemaligen DDR ging damit Hand in Hand ab 1990 eine ostdeutsche „Schlußstrichkampagne“, die bereits unter der Regierung de Maizière/Distel mit der Diskussion um Vernichtung oder Einbetonierung der Akten des MfS mit dem Argument der Verhinderung eines Bürgerkrieges begann. In den folgenden Jahren konnte auch im Gespräch mit dem „Mann auf der Straße“ immer wieder vernommen werden, daß diesen ganz andere Probleme wie Arbeitslosigkeit, die leeren öffentlichen Kassen und die wirtschaftliche Misere bedrückten⁶. Und auch Mitglieder der Bundesregierung und der altbundesdeutschen Parteien konnten dem Gedanken der Versiegelung der Akten viel abgewinnen. So sollten die Archivalien unter die Oberhoheit des Bundesarchives und des Bundesbeauftragten für den Datenschutz kommen. Dies konnte die Bürgerbewegung durch zahlreiche Protestaktionen verhindern, und am 24. August 1990 sicherte die Volkskammer durch Gesetz den Zugang zu den Akten. Diese Regelung übernahm der Einigungsvertrag, der ab dem 3. Oktober 1990 einen Sonderbeauftragten, den späteren „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“, für die MfS-Akten vorsah, um so die Überprüfung des öffentlichen Dienstes, die Opfereinsicht, die Verfolgung von Straftaten, Rehabilitation und Forschung zu ermöglichen.

Damit war die Schlußstrichdebatte jedoch nicht beendet, die wesentlich von der Nachfolgepartei der SED, der PDS, und ihren Nebenorganisationen – wie etwa den am 12. Juli 1992 gegründeten, formal überparteilichen Gerechtigkeitskomitees – getragen wurde. Wesentliche Angriffspunkte waren dabei die Analyse der DDR als „Unrechtsstaat“, eine angebliche „Siegerjustiz“ und die Benachteiligung

⁶ Markus Meckel, Demokratische Selbstbestimmung als Prozeß. Die Aufgabe der Politik bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, in: *ders.*, Selbstbewußt in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen (Berlin 2001) 171.

von Funktionsträgern in der Rentenzumessung, die als Rentenstrafrecht diffamiert wurde. Jedoch waren in den vergangenen Jahren auch über die PDS hinaus immer wieder Forderungen nach einer Vernichtung oder Versiegelung der Unterlagen der Staatssicherheit zu hören. Gleichzeitig darf jedoch auch die andere Seite der PDS nicht übersehen werden. So gibt es besonders in ihrem Reformflügel eine intensive Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte, die von der Alternativen Enquete-Kommission, auf zahlreichen teils kritischen teils apologetischen Foren, durch eine große Anzahl von Konferenzen und Publikationen vorangetrieben wurde⁷.

Parallel zur Diskussion in Ostdeutschland waren auch im Westen immer wieder äußerst milde Urteile über die DDR zu vernehmen, da immer wieder das Mißverständnis des SED-Staates als mißlungener Versuch zur Realisierung eines humanistischen Menschheitstraums auftauchte. Gleichzeitig verstummten jedoch auch die Forderungen der Opferverbände nach einer angemessenen Entschädigung für erlittene politische Verfolgung nicht. In dieser Situation ist das Urteil von Bärbel Bohley: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ zwar ungerecht, aber doch verständlich. Und auch die Schlußstrichdebatte ist noch nicht an ihrem Ende angekommen.

III. Phasen der Forschung und Institutionen der „Auseinandersetzung“

Die historische Auseinandersetzung mit dem Herrschaftssystem der SED erfolgte in mehreren Etappen, die jedoch nicht präzise zu begrenzen sind⁸. Zu unterscheiden ist eine erste spontane Phase, die noch vollkommen unter dem Eindruck des Endes der Herrschaft der SED stand, darauf folgend eine Zeit bis Mitte der neunziger Jahre, in der diese Auseinandersetzung ein zentrales Thema der wissenschaftlichen, politischen und publizistischen Debatte war, und eine noch anhaltende Etappe, in welcher die Diskussion sich auf eine bestimmte Szene einschränkte und die wissenschaftliche Auseinandersetzung an Bedeutung gewinnt. Gleichzeitig ist feststellbar, daß die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland verstärkt auf Skepsis und Ablehnung trifft, die Zumutungen eines gravierenden soziokulturellen Wandels und die Probleme von Arbeitslosigkeit tun ein übriges. Dazu kommt, daß ein Zuviel an kritischer Auseinandersetzung ostdeutsches Selbstbewußtsein auch beschädigen kann und als westdeutsche Zumutung empfunden wird. Dies verstärkt, daß sich die PDS zu-

⁷ Eine erste Übersicht bietet: *Rainer Eckert, Bernd Faulenbach* (Hrsg.), *Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild* (München, Landsberg a.L. 1996); beispielhaft für die PDS-Sicht: *Dietmar Keller* u.a., *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 1–5 (Bonn, Berlin 1993–1994).

⁸ *Faulenbach*, *Aufarbeitungsprozeß* 32f., 36.

nehmend aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung befreit und ihre Sicht der Geschichte an Boden gewinnt.

Diese Entwicklung wäre 1990 noch vielen ganz unwahrscheinlich erschienen. Damals wurde die Situation der historischen Forschung im Osten Deutschlands von der Abwicklung der SED-dominierten Institutionen bestimmt, deren Personal zum großen Teil in die Frühverrentung oder Arbeitslosigkeit ging⁹. Darüber hinaus beeinflusste aber auch die Schließung westdeutscher Einrichtungen der DDR-Forschung die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft¹⁰. Entscheidend war jedoch die Etablierung neuer Strukturen, die inzwischen abgeschlossen ist. Ein Grundtrend dabei war die Gründung außeruniversitärer Institutionen, die eine partielle Verlagerung der Forschung weg von den Universitäten mit sich brachte. Dazu kam die Verschiebung der Forschungsinstitutionen nach Ostdeutschland und nach Berlin¹¹. Heute läßt sich das Forschungspotential der modernen DDR-Forschung – wie Ulrich Mähler ausrechnete – ziemlich genau in Drittel zwischen Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin aufteilen. Diese Forschung selbst ist unter institutionellem Gesichtspunkt in fünf Gruppen zu unterteilen:

Die Erforschung der Geschichte der DDR wird in erster Linie von nach 1990 neugegründeten Institutionen getragen. Die wichtigsten von ihnen sind die Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und die Außenstellen dieser Behörde, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden und das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Ebenfalls eine Neugründung ist die Außenstelle Berlin des renommierten Münchner Institutes für Zeitgeschichte.

Zu diesen außeruniversitären Einrichtungen kommt (zweitens) die universitäre Forschung an sämtlichen Universitäten im Osten Deutschlands mit einem Schwerpunkt an der Humboldt-Universität und einem weiteren an der Freien Universität Berlin. Hier sind besonders das Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaften und der Forschungsverbund SED-Staat zu erwähnen. Dazu kommen vereinzelt Forschungen an Universitäten der alten Bundesländer.

An dritter Stelle sind die parteinahen Stiftungen wie besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu nennen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die größte Zahl von Veröffentlichungen die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und die entsprechenden Länderstiftungen vorlegten. Das

⁹ Peer Pasternack, *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995: Eine Inventur* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik, Leipzig 1996); Klaus Schroeder, *Die DDR-Forschung vor und nach 1989/90*, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ IV, 2 (Baden-Baden 1999) 1536.

¹⁰ Ulrich Mähler, *Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte*, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VII, 857, 870–876.

¹¹ Übersicht: Ulrich Mähler (Hrsg.), *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten* (Opladen 1997, ²2000).

Spektrum dieser Stiftungen ergänzen einige Forschungsgruppen der evangelischen bzw. katholischen Kirche, das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam und von ehemaligen DDR-Wissenschaftlern gegründete Institute wie das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung¹².

Einschlägige Forschung wird (viertens) auch im Rahmen politischer Bildung, zeitgeschichtlicher Vereinigungen, von Aufarbeitungsinitiativen und von Opferverbänden betrieben. Es ist in den Jahren nach 1989 trotz einiger Ansätze nicht gelungen, ein Forschungsinstitut der ostdeutschen Bürgerbewegung zu begründen¹³. Die verschiedenen in diesem Umfeld beheimateten Basisinitiativen werden von Finanzierungsproblemen gebeutelt, und stehen unter zunehmenden Professionalisierungsdruck. Von der professionellen Forschung werden sie in aller Regel ignoriert, und eine Zusammenarbeit mit ihnen bringt für eine akademische Karriere nichts ein. Ebenso immer wieder in ihrer Existenz gefährdet sind die ostdeutschen Geschichtsvereine und -werkstätten, so die in Jena und die für Berlin-Brandenburg. Effektiver arbeiten Zusammenschlüsse von Wissenschaftlern, wie die Gesellschaft für Deutschlandforschung, und einige Jahre der Unabhängige Historikerverband¹⁴. Weiterhin sind für die Auseinandersetzung mit jüngster Zeitgeschichte Zusammenschlüsse von Opfergruppen¹⁵, zeitgeschichtliche Vereinigungen im Umfeld der PDS, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes mit eigenen Publikationsreihen sowie kirchliche Bildungseinrichtungen und Akademien bedeutsam.

Ostdeutsche und gesamtdeutsche Zeitgeschichte beschäftigen (fünftens) auch verschiedene Museen und Gedenkstätten. Zu ihnen gehören zahlreiche regionale Grenzmuseen, die Berliner Mauer-Gedenkstätte in der Bernauer Straße, die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn und das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde. Eine besondere Rolle spielt in Berlin das Museum am Checkpoint Charlie, und zu den Gedenkstätten in ehemaligen Haftanstalten¹⁶ oder Speziallagern gehören die zentrale MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, die Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle, die Gedenkstätte Moritzplatz in

¹² Gero Neugebauer, Die DDR-Forschung vor und nach der Wende 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ IV, 2, 1505.

¹³ Rainer Eckert, Überlegungen zu einem Forschungszentrum für zeithistorische Studien mit dem Schwerpunkt DDR-Geschichte, in: Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes (Berlin 1994) 271 ff.

¹⁴ Eckert, Kowalczyk, Stark, Hure oder Muse? Einige Aufsätze in: Rainer Eckert, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber, Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90 (Stuttgart 1992).

¹⁵ Vgl. dazu: Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur: Verzeichnis der Initiativen u. Gruppen (Zur Sache 98/1, Bonn 1998).

¹⁶ Zur zahlreichen Literatur etwa: Norbert Haase, Birgit Sack (Hrsg.), Münchner Platz, Dresden: Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort (Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft 7, Leipzig 2001).

Magdeburg und die Gedenkstätte im ehemaligen Zuchthaus Bautzen II. Diese Gedenkstätten sind in Sachsen und anderen Bundesländern zu Gedenkstättenstiftungen und zu einer Arbeitsgemeinschaft¹⁷ zusammengefaßt. Die Geschichte von Opposition und Widerstand sowie von politischer Repression in SBZ und DDR ist darüber hinaus der Arbeitsschwerpunkt des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland¹⁸.

Wenn die Anzahl der aufgelisteten Einrichtungen und Aktivitäten auch beeindruckend ist, so darf sie nicht darüber hinweg täuschen, daß es bis zum Jahr 2002 nicht möglich war, eine zentrale Gedenkstätte am historischen Ort, eine „Anatomie der SED-Diktatur“ zu schaffen¹⁹. Als Ort bot sich hier konkurrenzlos Berlin an, wo an Widerstand und Repression im Verbund zwischen dem Amtssitz des Ministers für Staatssicherheit in Haus 1, der Zentralen Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen und der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße erinnert werden könnte. Allerdings machten die Bemühungen um die Etablierung einer solchen Stätte keine Fortschritte. Zu den sich auftürmenden Schwierigkeiten gehörten die ungeklärten Finanzierungsfragen, Personalquerelen, die offene Entscheidung über die museale Gestaltung von Haus 1, die vergeblichen Versuche einer persönlichen Übergabe der Konzeption einer Fachkommission für Haus 1 an den zuständigen Fachminister Julian Nida-Rümelin. Inzwischen leiteten die Kommissionsmitglieder ihr Papier postalisch weiter, doch war es damit nicht getan. Vielmehr mußte jetzt erst die Lösung der eigentlichen Aufgabe, die Einrichtung des Hauptquartiers des Ministeriums für Staatssicherheit als Lernort mit nationaler Bedeutung für die Verknüpfung von Geheimpolizei und Staatspartei in der zweiten deutschen Diktatur, beginnen. Und auch die Errichtung eines Denkmals für die friedliche Revolution steht weiterhin auf der Tagesordnung.

IV. Forschungsstand bis 1990

Der Forschungsstand in der alten Bundesrepublik vor der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung wird oft – schon wegen des fehlenden Quellenzugangs, aber auch wegen einer politisch-orientierten Fehleinschätzung der DDR – als „weitgehende Makulatur bzw. stark korrekturbedürftig“²⁰ eingeschätzt. Klaus

¹⁷ Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR. Vgl. u. a.: Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt (Magdeburg 2002) 1.

¹⁸ Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Einsichten. Diktatur und Widerstand in der DDR (Leipzig 2001).

¹⁹ *Klaus-Dietmar Henke*, Anatomie des SED-Staates: Mielke und Co.: Die Stasi-Erinnerung braucht einen Ort, in: Frankfurter Rundschau vom 19. März 2002; vgl. *ders.*, in: Formen der Erinnerung – Archive, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VI, 180–185; Anatomie der SED-Diktatur. Staatspartei und Staatssicherheit der DDR (Berlin 2001).

²⁰ *Klaus Schroeder*, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990 (München, Wien 1998) XV.

Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat meint darüber hinaus, daß ein Großteil der Werke westdeutscher Forscher ein Bild zeichnete, das in vielen Punkten nicht der Realität entsprach. So sei vor allem der diktatorische Charakter des SED-Staates ausgeblendet oder relativiert worden. Dagegen hätten viele Autoren seine wirtschaftliche und politische Stabilität überschätzt. Dieses Urteil wird in seiner Einseitigkeit nicht aufrechtzuerhalten sein. Statt dessen ist auf dem Weg zu einem gerechten Urteil eine differenzierte Würdigung des Forschungsstandes nötig. Wenn dies geschieht, werden nicht nur die von Schroeder genannten Karl C. Thalheim, Karl Wilhelm Fricke, Martin Draht und Ernst Richert Bestand haben²¹. Pars pro toto möchte ich Hermann Weber nennen und empfehlen, seine Geschichte der DDR von 1984 mit der von 1999 zu vergleichen²².

Im Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR wird das Ergebnis dagegen sein, daß die DDR-eigene Forschung zum großen Teil wirklich Makulatur ist, daß dagegen die bundesdeutsche DDR-Forschung – wie erwähnt – durchaus bleibende Leistungen zu verbuchen hat. Besonders für die SBZ und die Frühphase der DDR konnten wesentliche Bereiche, Etappen und Probleme analysiert werden; ein Schwerpunkt lag dabei auf der Herrschaftsstruktur und den Mechanismen der Machtausübung. Weitere Stärken bundesdeutscher Forschung lagen in der Analyse des Parteiensystems, des Regierungsapparates der DDR, der Erforschung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und von politischer Verfolgung.

V. Heutige Schwerpunkte und Projekte

1994 konnten im Auftrag der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur im vereinten Deutschland“ 750 geplante, laufende oder kurz vor dem Abschluß stehende Projekte zur Geschichte der DDR ermittelt werden²³. Dazu kamen im Zeitraum bis 1997 weitere 318 Forschungsprojekte. Wenn auch präzise Angaben kaum möglich sind, dürfte die Zahl der Projekte heute bei 1000 und die der Projektmitarbeiter weit über 500 liegen. Dabei fällt auf, daß Ostdeutsche rein numerisch deutlich überrepräsentiert sind, auf der Leitungsebene jedoch kaum vorkommen. Frauen sind grundsätzlich unterrepräsentiert.

Nach ihrem zeitlichen Schwerpunkt lassen sich die Arbeiten in 25 Prozent Forschungen zur SBZ/DDR bis 1961, weitere 25 Prozent zum gesamten Zeitraum der Geschichte von SBZ und DDR und in 20 Prozent einteilen, die sich mit der Schlußphase der DDR beschäftigen. Auffallend ist das geringe Interesse an den siebziger und achtziger Jahren. Und auch bei der Frage nach den bearbeiteten The-

²¹ Bei Schroeder bleiben als Anknüpfungspunkte die Arbeiten von Carl C. Thalheim zur DDR-Wirtschaft, von Karl Wilhelm Fricke zu Opposition und Unterdrückungsapparat sowie Autoren wie Martin Draht oder Ernst Richert, die unter demokratietheoretischen und antitotalitären Prämissen die fünfziger Jahre in der DDR untersuchten, ebd.

²² *Hermann Weber*, Geschichte der DDR (München 1999).

²³ *Mählert*, Forschung 858f., 861–865.

men ergeben sich deutliche inhaltliche Schwerpunkte. Die bevorzugten Themen sind: Opposition und Widerstand, Terrorsystem und Staatssicherheit, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Alltagsgeschichte und Lebenswelten.

Großes Interesse finden in diesem Rahmen lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen, dagegen steht der große Wurf einer umfassenden Geschichte der zweiten deutschen Diktatur noch aus²⁴. Deskriptiv angelegte Gesamtdarstellungen wie die Krisengeschichte von Wolle/Mitter²⁵ oder das Handbuch zur DDR-Geschichte von Klaus Schroeder²⁶ sind immer noch selten. Jedoch ermöglicht die Forschungssituation Überblicksdarstellungen, wie die Arbeiten von Charles Maier²⁷, Mary Fulbrook²⁸ oder Sigrid Meuschel²⁹ zeigen. Versuche einer systematischen Erfassung der Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur und des widerständigen Verhaltens liegen mit dem Lexikon des DDR-Sozialismus³⁰ und dem von Widerstand und Opposition³¹ vor. Außerdem erschienen in den letzten Jahren zunehmend Handbücher wie das über die SED³², die Parteien und Organisationen³³ oder das über die bewaffneten Kräfte der DDR³⁴ sowie biographische und allgemeine Nachschlagewerke.

Gegenläufig zu der geschilderten Situation ist jedoch, daß im Unterrichtsangebot deutscher Universitäten das Thema „DDR“ 1995 einen Höhepunkt erlebte, um dann bis zum Jahr 2001 auf das Niveau von 1990 zurückzugehen³⁵. Peer Pasternack ermittelte in einer nicht immer präzise gearbeitete Studie, daß nur 34 der 88 deutschen Universitäten ein DDR-Thema im Lehrangebot hatten. Viele dieser Themen würden sich darüber hinaus auch nicht mit Geschichte im engeren Sinn,

²⁴ Eckhard Jesse, Die DDR-Forschung vor und nach der „Wende“ 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ IV.2 1206 ff.

²⁵ Armin Mitter, Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte (München 1993); auch: Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989 (Berlin 1998).

²⁶ Schroeder, Der SED-Staat.

²⁷ Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus (Frankfurt a. M. 1999).

²⁸ Mary Fulbrook, Anatomy of a dictatorship: Inside the GDR 1949–1989 (New York 1995).

²⁹ Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989 (Frankfurt a. M. 1992).

³⁰ Rainer Eppelmann u. a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik (Paderborn u. a. 1996).

³¹ Hans-Joachim Veen, Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur (Berlin, München 2000).

³² Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch (Berlin 1997).

³³ Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch (Berlin 2002).

³⁴ Torsten Diedrich, Hans Ehlert, Rüdiger Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR (Berlin 1998).

³⁵ DDR vor dem zweiten Untergang, in: Freie Presse (Chemnitz, 1. Februar 2002) 4; Peer Pasternack, Gelehrte DDR: Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000 (HOF Wittenberg Arbeitsberichte 5/01, Wittenberg 2002).

sondern vor allem mit Literaturgeschichte beschäftigen. Kein Lehrangebot gab es in Brandenburg, in Bremen, im Saarland und in Schleswig-Holstein. Während bei den vorhandenen Lehrangeboten Kulturleben bzw. -politik im Vordergrund stehen und Verwaltung bzw. politisches System folgen, spielen in der Auflistung Opposition und Repression, Religion und Kirche sowie Freizeit und Sport kaum eine Rolle. Weiterhin meint Pasternack nicht zu Unrecht, daß sich die Folgen des Mangels an Lehrangeboten multiplizieren würde, da sie zum Beispiel als Ergebnis von Defiziten bei der Lehrerausbildung auch dazu führten, daß in den Schulen die DDR nicht oder immer weniger thematisiert werden würde.

VI. Besonderheiten der Forschung

Auseinandersetzung mit deutschen Diktaturen bedeutet in Deutschland zuerst immer die Kritik an der angeblich unzureichenden „Aufarbeitung“ des Nationalsozialismus bis hin zur Diskussion um erlaubte oder geächtete Termini³⁶. Den deutschen Diskurs beherrscht der Begriff der Schuld, der Schuld am Holocaust und der an einer nicht ausreichenden Kritik an den deutschen Verbrechen³⁷. Der Völkermord von Auschwitz ist ein Gründungsmythos *ex negativo* der Bundesrepublik, und der Verweis auf die Tradition des deutschen Widerstandes gegen zwei Diktaturen hat es entsprechend schwer. Galt dies in den Jahren vor 1989 für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus³⁸, so tut sich die bundesrepublikanische Gesellschaft heute nicht leicht damit, Opposition, Widerstand und friedliche Revolution in das deutsche demokratische Geschichtsbild zu integrieren.

Diese Schwierigkeiten sind jedoch nicht der Politik anzulasten. So war der Prozeß der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur anders als etwa in den Staaten Ostmitteleuropas durch den aktiven Anteil von Parlamenten geprägt. Besonders der Bundestag mit zwei Enquete-Kommissionen und der Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit seiner eigenen Kommission sind hier zu nennen³⁹. Ein wesentliches Ergebnis der zweiten Bundeskommission war die Schaffung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die Aufarbeitungsprojekte fördern, Opfer beraten, die wissenschaftliche Arbeit fördern, die Aufklärung

³⁶ Thomas Lackmann, Vernichtungssprech, in: Tagesspiegel, 8. Mai 2002.

³⁷ Antonia Grunenberg, Die Lust an der Schuld: Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart (Berlin 2001) 8, 22.

³⁸ Dieser hat inzwischen – wie auch Terror und Judenmord – feste Erinnerungsorte wie die Gedenkstätte deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenberg Straße, die Topographie des Terrors auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, KZ-Gedenkstätten wie Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald und das im Mai 2005 eröffnete Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

³⁹ Vgl.: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. I–IX (Baden-Baden 1995); Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ Bd. I–VIII; Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. 1–10 (Schwerin 1996–1998).

unterstützen sowie die Sicherung, Sammlung, Dokumentation und Auswertung von Selbstzeugnissen garantieren soll. Mit dieser Stiftung⁴⁰ besteht auch erstmals eine realistische Chance der materiellen Absicherung des Prozesses der gesellschaftlichen Aufarbeitung von unten durch antistalinistische Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen der Bürgerbewegung. Das Netz dieser Verbände und Gruppen könnte gemeinsam mit der inzwischen etablierten (neuen) akademischen DDR-Forschung eine solide Basis bei der Auseinandersetzung mit der kommunistischen deutschen Diktatur sein⁴¹. Diese Aussage muß jedoch bewußt im Konjunktiv gehalten werden, da weder über das Schicksal der Initiativen der Bürgerbewegung⁴² noch über das von ihnen erbrachte Forschungsergebnis Endgültiges zu sagen ist. Festzuhalten bleibt trotzdem die in Deutschland weitaus günstigere Situation im Vergleich zu den Staaten Ostmitteleuropas.

Eine weitere erwähnenswerte Besonderheit der Erforschung der Geschichte der DDR besteht darin, daß die sogenannte graue Literatur eine solche Bedeutung hat, wie dies kaum auf einem anderem Forschungsfeld der Fall ist. Diese Literatur ist inzwischen selbst für Spezialisten kaum noch zu überblicken⁴³. Ihre Schwerpunkte sind Repression, Opposition und Widerstand, formell läßt sie sich im Groben einteilen in Publikationen der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände, der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS und in Arbeiten von Bildungs- und Geschichtsvereinen im Umfeld der PDS.

VII. Defizite

Wie in der gesamten deutschen Geschichtswissenschaft und in den politischen Wissenschaften prägt auch die akademische Beschäftigung mit der Zeitgeschichte in den Leitungspositionen eine erdrückende Westdominanz, wie bei einem nur flüchtigen Blick auf Lehrstuhlinhaber und Leiter der wichtigen Forschungseinrichtungen schnell deutlich wird. Über die Ostdeutschen wird oft nur geurteilt, sie werden über ihre eigene Geschichte belehrt. Oftmals fällt dies den Westdeutschen schon gar nicht mehr auf, was auch daran liegt, daß man nicht nur im Berufsleben, sondern auch privat im gewohnten Ambiente verharret. So tauchen Ostdeutsche in der Regel nur als Zeitzeugen auf und auch dann immer die glei-

⁴⁰ Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 5. Juni 1998, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ I, 137–141.

⁴¹ Rainer Eckert, Podiumsgespräch „Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VII, 59 ff.

⁴² Überblick: Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen; Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR (3. erw. u. überarb. Aufl. Berlin 2002).

⁴³ Mählert, Forschung 877.

chen Gesichter⁴⁴. In dieser Situation macht Lutz Niethammer nicht zu unrecht darauf aufmerksam, daß im Osten eine zunehmende Verweigerung von „Überfremdung“ und Überfütterung durch geschichtspolitische Lektionen des Westens auszumachen ist. Dies gilt besonders dann, wenn dies mit dem Eindruck westlicher Bevormundung verbunden ist. Zu prüfen bleibt jedoch Niethammers Auffassung, daß die Mitwirkung der Ostdeutschen am deutschen Gedächtnis auf die Dauer verloren ist.

Bei der Analyse der Gründe dieses Zustandes fallen zwei sehr schnell ins Auge. Es ist zum einen der Willen einer breiten Mehrheit der Ostdeutschen, nach 1989 in leitenden intellektuellen Positionen nicht mehr die Apologeten der SED sitzen zu sehen, und zum anderen die expansiven Gesetzmäßigkeiten des deutschen Universitätsbetriebes. Dort, wo sich für Habilitierte ein Anstellungsvakuum öffnet, dort strömen sie hin, bauen ihre Strukturen auf, besetzen sie mit Kollegen aus ihrem Umfeld und verteidigen die errungenen Bastionen erbittert. Von daher gesehen hat Werner Mittenzwei mit seiner Meinung Recht, daß es noch nie in der deutschen Geschichte einen derartig radikalen Wechsel der Intelligenz gegeben habe⁴⁵. Unrecht hat er dagegen mit der Auffassung, dies folge einem bundesdeutschen Masterplan und ziele letztlich auf die Vernichtung des Marxismus in Deutschland⁴⁶. Hier wird wieder einmal der sattsam bekannten kommunistischen Agententheorie zur Erklärung von den eigenen Vorstellungen zuwiderlaufenden historischen Prozessen und der Überschätzung der eigenen Klientel gefrönt.

Jedenfalls haben sich die verbliebenen, aus der DDR stammenden Wissenschaftler fast ausschließlich in die vorhandenen Strukturen und Denkmuster integriert. Zwei spezifische, wenn auch konträre Ausnahmen sind Historiker im Umfeld der PDS und Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes. Aber auch diese – höchst generischen – Gruppen verlieren zusehends an Einfluß im zeit-historischen Diskurs. So sind sie in der aktuellen Diskussion um die deutschen Erinnerungsorte kaum noch vertreten – ostdeutsche Gedächtnisorte sind präsent, ostdeutsche Historiker nicht⁴⁷. Und auf ein weiteres Phänomen sei verwiesen: Ostdeutsche Historiker beteiligen sich kaum an den gesamtdeutschen Streitdiskursen. War das bis 1989 – etwa beim Historikerstreit⁴⁸ – gewissermaßen zwangs-

⁴⁴ Als Beispiel auch die Tagungen der Politischen Akademie Tutzing, z. B.: Ein Staat – zwei Gesellschaften, in: Akademie-Report (Tutzing 2000) 3, 3–11.

⁴⁵ Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945–2000 (Leipzig 2001) 424; früh zu diesem Thema: Heinz Ludwig Arnold, *Frauke Meyer-Gosau* (Hrsg.), Die Abwicklung der DDR (Göttingen 1992).

⁴⁶ Mittenzwei, Intellektuelle 526, 528–533.

⁴⁷ Vgl. Etienne François, Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1–3 (München 2001). Unter der Vielzahl der Autoren aus Deutschland und dem Ausland, die sich mit diesen Erinnerungsorten beschäftigen, sind noch ca. drei Prozent Ostdeutsche.

⁴⁸ Vgl. aus der Vielzahl der Literatur etwa: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung (München, Zürich 1987) Harold James, Vom Historikerstreit zum Historikerschweigen. Die Wiedergeburt des Nationalstaates (Berlin 1993); Ernst Nolte, Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus (Berlin, Frankfurt a. M. 1993); Hans-Ulrich Weh-

läufig aus historischen Gründen so gegeben, so drückt sich nach der Vereinigung in diesem Fehlen ostdeutscher Stimmen aus, daß sie eben nicht mehr existieren, sich kein Gehör mehr verschaffen können oder ganz anderen Interessen nachgeben. Das gilt für den Streit um das Buch von Daniel Jonah Goldhagen: „Hitlers willige Vollstrecker“ über den angeblichen eliminatorischen Drang normaler Deutscher zum Mord an den Juden⁴⁹, die von Norman G. Finkelstein angestoßene Debatte um die Holocaust-Industrie⁵⁰, um die Walser-Bubis-Auseinandersetzung und um die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Nicht anders steht es mit den Kontroversen um das Berliner Holocaust-Mahnmal, um die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg oder die Gedenkstätte in der Neuen Wache in Berlin⁵¹. Ein ostdeutscher Anteil war in kritischer und apologetischer Hinsicht erst wieder auszumachen, als es beim „Schwarzbuch des Kommunismus“ um die Verbrechen des Kommunismus in seiner gesamten Geschichte ging⁵². Aber auch bei der jüngsten Antisemitismus-Debatte fehlen Stimmen aus Ostdeutschland.

Ein weiteres Defizit der gegenwärtigen DDR-Forschung – und noch stärker der öffentlichen Wahrnehmung – besteht in der weitverbreiteten Konzentration auf die Staatssicherheit, vor allem auf deren Inoffizielle Mitarbeiter, hinter denen die SED als Auftraggeber und die MfS-Offiziere fast gänzlich verschwinden. Vergrößert wird dieses Defizit oft durch blinde Aktengläubigkeit, die sich mit übergrößer Hast beim Publizieren verbindet, die wiederum von den Gesetzen des Marktes und den Kampf um Ressourcen bestimmt zu sein scheint. Dazu kommen mangelhafte Quellenkritik und politische Instrumentalisierung. Ein Sonderphänomen ist dabei, daß Angehörige einer ehemals radikalen Linken (wie Trotzlisten und Maoisten) gegen eine heutige (sozialdemokratische) Linke argumentieren. Die Schwäche der Konzentration der Aufmerksamkeit auf das MfS zeigte sich auch in der Aufregung über das am 8. März 2002 vom Bundesverwaltungsgesetz bestätigte Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 4. Juli 2001, nachdem der Birthler-Behörde untersagt wurde, Akten über den Altbundeskanzler Helmut Kohl herauszugeben. Dabei ging es weniger um die Person Kohls, sondern mehr

ler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“ (München 1988).

⁴⁹ Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker*. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust (Berlin 1996); dazu: Wolfgang Wippermann, *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse* (Berlin 1997).

⁵⁰ Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie*. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird (München, Zürich 2001); dazu Petra Steinberger (Hrsg.), *Die Finkelstein-Debatte* (München, Zürich 2001).

⁵¹ Wolfgang Kruse, *Schinkels Neue Wache in Berlin*. Zur Geschichte des modernen politischen Totenkults in Deutschland, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002) 419–435.

⁵² Das *Schwarzbuch des Kommunismus*. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert (München, Zürich 1998); Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann (Hrsg.), *„Roter Holocaust“*. Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus (Hamburg 1998).

um die Sorge, daß das Urteil weitergehende Folgen haben und letztlich mit einem Ende der Regelanfrage über Staatssicherheitsverstrickungen verknüpft sein könnte⁵³. In dieser Situation stellte sich in der deutschen Öffentlichkeit jedoch ein relativ weitgehender Konsens her, daß die Erforschung der Systemzusammenhänge des DDR-„Sozialismus“ auch mit Hilfe der Stasi-Akten weiter gewährleistet sein müsse. Auch wäre zu verhindern, daß sich die Täter der Diktatur zu ihren Opfern stilisieren. Um dies zu erreichen, versuchte die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler durch die vorübergehende Sperrung der Internet-Seiten ihrer Behörde, durch die temporäre Schließung aller Ausstellungen und die Nichtbearbeitung von Akteneinsichtsansträgen von Historikern bzw. von Publizisten, öffentlichen Druck zu erzeugen. Dem sollte auch ein Brief an alle Nutzer der Stasi-Akten dienen, der diese informierte, daß sie Angaben über Funktionsträger des SED-Regimes nur noch mit deren Einwilligung erhalten würden. Und weiterhin wurde argumentiert, daß nach dem Kohl-Urteil in der Frage der Akteneinsicht Terroristen, SED-Funktionäre und Westpolitiker auf eine Stufe gestellt werden müßten und würden, da eine Gleichbehandlung von Amtsträgern in Ost und West unabweisbar wäre.

Ähnlich ist es mit der Forderung nach einer Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes⁵⁴, die besonders vom Bürgerkomitee Leipzig⁵⁵, aber auch von Forschern und Historikern⁵⁶ in die Diskussion gebracht wurde. Hier geht es um die Streichung des Paragraphen 14 dieses Gesetzes, der ab 1. Januar 2003 die Schwärzung oder Vernichtung von Akten auf Antrag von Opfern ermöglichte, und um die Präzisierung der Beschreibung von Personen der Zeitgeschichte, von Amtsträgern und Funktionsinhabern in den Paragraphen 32 bis 34. Bei beiden Änderungen war der Deutsche Bundestag gefordert, bei beiden Novellierungswünschen gab es die Hoffnung auf einen parteiübergreifenden Konsens. Dabei sollte sich entscheiden, ob das „grundsätzliche Umdenken“ beim Umgang mit dem politischen Erbe der DDR, das sich Bundeskanzler Schröder am 11. März 2002 als Ergebnis des Kohl-Urteils wünschte, schon zwölf Jahre nach der Diktatur durchsetzbar war.

In der aktuellen Auseinandersetzung waren gerade im Umfeld einer „sozialistisch-kommunistischen Linken“ teilweise absurde Außenseiterpositionen zu verzeichnen. Dazu gehörte die Diffamierung der Enquete-Kommissionen des Bundestages als totalitarismustheoretische Verschwörung, oder etwa die Forderung, daß – da es für die Altakten der Bundesrepublik weiterhin Sperrfristen gäbe – auch die DDR-Akten hätten gesperrt bleiben müssen⁵⁷. Es machte sich hier ein

⁵³ Ein solches Ende forderte u. a. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einem Interview im Hamburger „Spiegel“ am 18. März 2002.

⁵⁴ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in: Bundesgesetzblatt I, 67 (28. Dezember 1991) 2272–2287.

⁵⁵ Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig vom 7. Januar 2002.

⁵⁶ Hermann Weber, Peter Steinbach, Werner Müller, Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Der Bundestag ist gefordert. Langfristige Sicherung der MfS-Akten erforderlich, in: Deutschland Archiv 34 (Köln 2001) 5, 740–743; Hans-Dietmar Henke, Nachrichten aus Orwells Unterwelt, in: Die Zeit vom 10. Januar 2002, 34.

⁵⁷ Karl-Heinz Roth, Der Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete-

von François Furet beschriebenes Phänomen bemerkbar, nämlich daß moderne Demokratien Menschen hervorbringen, „die das soziale und politische System verabscheuen, in das sie hineingeboren sind; die die Luft hassen, die sie atmen, obwohl sie die Grundlage ihres Lebens ist“⁵⁸. Meines Erachtens ist die einzige für einen Historiker vorstellbare Position die genau entgegengesetzte. Da die DDR-Akten offen sind, sollte auch über die im Bundesarchivgesetz festgeschriebenen Sperrzeiten generell neu nachgedacht werden.

VIII. Fazit

Auch wenn hier im Einzelfall sicher immer noch mehr getan werden könnte, so ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur doch insgesamt institutionell ausreichend etabliert. Aufs Ganze gesehen erscheint es so, als ob die deutsche Demokratie aus der ersten Auseinandersetzung mit einer deutschen Diktatur gelernt hat und die mit der zweiten schneller und konsequenter betreibt. Diese grundlegende „Aufarbeitung“ wird auch weiterhin eine Voraussetzung des Ausbaus unseres Gemeinwesens zu einer Zivilgesellschaft bleiben. Lernen aus der Geschichte bedeutet in der Demokratie, links- und rechtsradikalem Denken zu widerstehen. Das heißt in der deutschen Situation die Auseinandersetzung mit zwei deutschen Diktaturen. Hier wäre jede Verdrängung verhängnisvoll, und die Historiker sollten sich zu ihrer politisch-moralischen Verantwortung bekennen. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird auf ihre historische Dimension nicht verzichten können⁵⁹, und die Auseinandersetzung mit der Geschichte dient letztlich auch dem besseren gegenseitigen Verstehen von Ost- und Westdeutschen⁶⁰.

Deshalb sind stärker als bisher Medien, Schulen, Gewerkschaften und Kirchen in den Prozeß der Auseinandersetzung einzubeziehen. Bezogen auf die historische Forschung ist festzuhalten, daß ihre Akademisierung weiter voranschreiten wird, dagegen wird die Bedeutung der Aufarbeitungsinitiativen abnehmen, und die Forschung wird sich weiterhin der Versuchung politischer Instrumentalisierung entziehen müssen. Auf der Haben-Seite ist zu verbuchen, daß sich die Öffnung der Archive bewährt hat. Der quantitative und qualitative Umfang der Forschungen seit 1990 ist beeindruckend, und es scheint sich auch in der Gesellschaft

Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik, in: *ders.*, Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie (konkret texte 19, Hamburg 1999) 49–117.

⁵⁸ François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert (München, Zürich 1996) 30.

⁵⁹ Siegfried Vergin, „Wenn die Zeitzeugen schweigen ...“: Vorschläge für eine Gedenkstätten-Neukonzeption des Bundes, in: Eine Zwischenbilanz 133.

⁶⁰ Zu den Schwierigkeiten vgl. unlängst: Olaf Georg Klein, Ihr könnt uns einfach nicht verstehen. Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden (Frankfurt a.M. 2001).

die Einsicht durchgesetzt zu haben, daß die uns so nötige Zivilcourage auch historisch fundiert sein muß.

So müssen wir auch in den nächsten Jahren davon ausgehen, daß das Geschichtsbewußtsein der Westdeutschen den Umbruch von 1989 fast unbeschadet überstanden hat, während das für die Ostdeutschen nicht gilt. Und welche Bedeutung die Geschichtsdiskussion auch weiter haben wird, zeigt der Streit um die immer wieder erneut geforderten Entschuldigungen der PDS für die Geschichte der SED. So werden wir in der Bundesrepublik noch lange Zeit mit zwei unterschiedlichen Geschichtskulturen zu leben haben. Das west- bzw. ostdeutsche Sonderbewußtsein wird sich eher noch verstärken. Ebenso wird die Interpretationshoheit der Westdeutschen bleiben, die Gefahren, die sich im Osten daraus ergeben, ständig belehrt zu werden, sind nicht zu unterschätzen. Und wir müssen auch weiterhin der Versuchung widerstehen, zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung alle Vergangenheit im großen Einheitsmischmasch versinken zu lassen. Denn das könnte bedeuten, daß am Ende alle Opfer sind und so der Demokratie der Bundesrepublik die Kraft entzogen wird, sich bei neuen totalitären Versuchen kämpferisch zu behaupten.

Und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland hat auch eine europäische Dimension. Zwar gibt es nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten keine offene deutsche Frage mehr, wohl aber die nach der deutschen Identität. Dies erfordert in Deutschland die Zusammenführung verschiedener Geschichtskulturen; von besonderer Bedeutung ist jedoch die Erfahrung von zwei deutschen Diktaturen auf dem Weg zur europäischen Identität. Das Ziel muß es dabei sein, ein kollektives Erinnern für Europa, ein auf einer gemeinsamen Geschichte beruhendes gesamteuropäisches Gedächtnis anzustreben. Und ein wesentlicher Teil dieses Gedächtnisses des vereinten Europas sollte die gemeinsame Tradition von Zivilcourage, von Widerstand und Opposition gegen Diktaturen und gegen Fremdherrschaft sein.